

**Re: E-Mail über Kontaktformular auf www.bundestag.de - Kontaktformular des Deutschen Bundestages**

**Von:** Britta Rauschnabel <britta.rauschnabel@goering-eckardt.de>  
**An:** robert@schulte-frohlinde.de  
**Datum:** 10.03.2020 07:22

---

Sehr geehrter Herr Schulte-Frohlinde,

vielen Dank für Ihre Nachricht und Ihr Interesse an der parlamentarischen Arbeit von Katrin Göring-Eckardt. Sie hat uns gebeten, Ihnen zu antworten. Bitte haben Sie Verständnis, dass wir aufgrund der hohen Anzahl an Anfragen nicht immer zeitnah antworten können.

Allerdings ist die von ihnen dargestellte Kausalkette in dieser Form nicht zutreffend. Nicht: Weil das eine passiert ist, fordern wir das andere. Vielmehr stehen die drei von Ihnen genannten Punkte unabhängig voneinander. Bundesweit wird in den letzten Monaten verstärkt von Drohungen, im Netz oder per Post, bis hin zu gewaltsamen Übergriffen auf Menschen berichtet, die sich in der einen oder anderen Weise für unser demokratisches Gemeinwesen einsetzen. Seien es ehrenamtlich Engagierte, Journalisten, Künstler oder PolitikerInnen und hier insbesondere KommunalpolitikerInnen. Diese Verrohung der Debatte, die Zunahme von psychischer und physischer Gewalt anstelle der Meinungsdebatte erregt Besorgnis und fordert uns als Demokratinnen und Demokraten in unserer Gesellschaft zum Handeln auf.

Frau Göring-Eckardt kann diese Beobachtungen und Berichte aus eigenen Erfahrungen bestätigen. Nicht nur erreichen viele Beleidigungen oder Drohschreiben das Büro, sondern wurde sie auch, wie berichtet, angespuckt und beleidigt. Frau Göring-Eckardt hat sich zu diesen Ereignissen bereits häufiger geäußert und sich mittlerweile ein dickes Fell zuglegt. Aber es stellt sich die Frage, was das mit Menschen, zum Beispiel KommunalpolitikerInnen macht, die beleidigt werden, weil sie Frauen sind und weil sie sich für die Kommune und die lokale Gemeinschaft in ihrer Freizeit einsetzen. Ich kann nicht ganz nachvollziehen, inwiefern eine konkrete Angabe von Zeit und Ort für diese Beobachtung von Bedeutung ist. Ich kann Ihnen versichern: Weder denkt man sich so etwas aus, noch möchte man solche Schreiben erhalten.

Ja, Bündnis 90/Die Grünen fordern eine paritätische Besetzung des Bundestags. Wir sind überzeugt, dass dies ein Gebot des Artikel 3 des Grundgesetzes ist, wonach "Der Staat [...] die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern [fördert] und [...] auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin[wirkt]". Demnach fordert das Grundgesetz nicht nur die Gleichstellung der Geschlechter, sondern auch, dass der Staat die Beseitigung bestehender Nachteile aktiv angeht. Die Gleichstellung der Geschlechter ist im Bundestag jedoch nicht gegeben, die Frauenquote liegt deutlich unter der Hälfte und sogar unter einem Drittel der Abgeordneten (ca. 30%) und hat in der laufenden Legislatur im Vergleich zur vorherigen Legislatur wieder abgenommen. Die Forderung der grünen Bundestagsfraktion nach einer paritätischen Besetzung des

